

Italien

ROMAN MARUHN

„Die Demokratie gesteht dem Volk das Recht zu, Fehler zu machen. Die Italiener haben dieses Recht ausgeübt.“¹⁾ Am 13. Mai 2001 hat Italien gewählt. Resultat dieser Abstimmung ist der Wechsel von Mitte-Links zu Mitte-Rechts im Palazzo Chigi, dem Sitz des italienischen Ministerpräsidenten. Die europäischen Medien berichteten im Vorfeld der Wahlen in einer Ausführlichkeit über Parteien und Kandidaten, die das große Interesse an Roms politischen Verhältnissen widerspiegelt und einem der am stärksten polarisierten Wahlkämpfe der Nachkriegszeit gerecht wird. Im Vordergrund einer kritischen Berichterstattung standen die Person Silvio Berlusconi und seine Koalitionspartner Alleanza Nazionale und Lega Nord. Der vorliegende Beitrag wird sich ausführlich dem Regierungswechsel widmen, da einerseits eine wesentliche Neudefinition der italienischen Europapolitik zu erwarten ist und andererseits die Zusammensetzung der Koalition in Rom sowohl personell als auch parteipolitisch in starkem Kontrast zu den innenpolitischen Verhältnissen der EU-Partner steht.

Personen- und Lagerwahlkampf

Schätzungen gehen davon aus, dass das Mitte-Links-Bündnis knapp 100 Millionen Mark in den Wahlkampf investierte, während das Mitte-Rechts-Bündnis (Casa delle Libertà) etwa 750 Millionen Mark zu Verfügung hatte. Silvio Berlusconi Forza Italia (FI) hatte im Vorfeld der Wahlen ihre Struktur reorganisiert und erreichte mit über 300.000 freiwilligen Helfern jeden Wahlkreis Italiens. Der Wahlkampf der Casa delle Libertà (CdL) war auf die Person Berlusconi zugeschnitten und die Partner Alleanza Nazionale (AN) und Lega Nord (LN) trugen diese Strategie voll mit. Die Wahlveranstaltungen der AN begannen und endeten mit dem Abspielen und Singen der Parteihymne der FI. Eine bereits im November 2000 gestartete Großplakatkampagne überzog Italiens Städte mit Berlusconi Foto und kurzen, einprägsamen Slogans. In den Umfragen führte CdL gegenüber der Regierungskoalition deutlich; erst mit der späten Einigung des Olivenbaumbündnisses (Ulivo) auf den Spitzenkandidaten Francesco Rutelli begann der Wahlausgang wieder weniger berechenbar zu werden.

Im Mittelpunkt des Wahlkampfes stand die Frage nach der Glaubwürdigkeit und Integrität Silvio Berlusconi, sowie seiner Macht über den größten Medienkonzern Italiens. Gerade die Befürchtung einer Konzentration der privaten und der staatlichen Informationsquellen in einer Person, provozierte eine Debatte in der italieni-

schen Gesellschaft. Der Wahlkampf geriet zum Kulturkampf und polarisierte die Bevölkerung Italiens. Zuletzt schalteten sich auch die Medien der EU-Staaten ein und warnten vor einem Ministerpräsidenten Berlusconi, dem neben seinem Interessenskonflikt als Unternehmer und Regierungschef mangelnde Eignung für ein politisches Amt vorgeworfen wurde.²

Konsolidierung des Parteiensystems

Der Wahlerfolg von Berlusconis Bündnis CdL zeigt sich besonders bei den Direktmandaten. Italiens Wahlsystem ist recht komplex – 75 Prozent der Sitze von Senat (Senato) und Abgeordnetenhaus (Camera dei Deputati) werden direkt nach einem komplizierten Mehrheitswahlrecht, 25 Prozent nach dem Verhältniswahlrecht vergeben. In Sizilien gelang es CdL, alle Direktmandate zu erobern. Allgemein lässt sich feststellen, dass Forza Italia bei der diesmaligen Wahl in den südlichen Regionen besonders erfolgreich war. Von den insgesamt 630 Sitzen der Camera dei Deputati entfällt nun die deutliche absolute Mehrheit von 367 Mandaten auf CdL, während Ulivo 248 Abgeordnete stellt. Bis auf die Rifondazione Comunista sind alle Parteien in der Camera den Bündnissen von Mitte-Links (Ulivo) oder Mitte-Rechts (CdL) zugehörig. Die Wahl vom 13. Mai 2001 hat mit aller Macht gezeigt, dass ohne die klare Entscheidung für eines der beiden politischen Lager die klassischen italienischen Kleinparteien nicht mehr überlebensfähig sind. Im Endeffekt führt dies zu einer Konzentration der politischen Kräfte. Inwieweit dieser Prozess für das Fortbestehen der einzelnen Parteien, besonders der kleinen, eine Folge hat, lässt sich noch nicht absehen.

Mit Berechtigung kann man aber bereits jetzt von einer Konsolidierung des Parteiensystems und auch von der wiedergewonnenen Fähigkeit des italienischen Parlamentarismus sprechen, klare Regierungsmehrheiten hervorzubringen. Diese Entwicklung darf in ihrer Bedeutung nicht unterschätzt werden, denn seit dem Ende der Ersten Republik³ ermöglichte selbst das eigens zur Schaffung von klaren Mehrheiten entwickelte Wahlrecht keine Koalitionen, die ihren inneren Spannungen gewachsen waren beziehungsweise über eine ausreichende parlamentarische Unterstützung verfügten. Mit der nun vorliegenden Situation eines Zwei-Blöcke-Systems entfällt die Notwendigkeit einer mehrheitsbeschaffenden Kraft in der politischen Mitte und die Zweite Republik ist am vorläufigen Ende eines dynamischen Transformationsprozesses in der Parteienlandschaft angekommen.

Die zweite Regierung Berlusconi

Die seit dem 11. Juni 2001 amtierende zweite Regierung unter Silvio Berlusconi lässt generell stabile Verhältnisse erwarten. Im Gegensatz zu den Wahlen von 1994 und 1996 hat Forza Italia mit einem Stimmenanteil von 29,4 Prozent⁴ innerhalb der CdL nahezu eine Hegemonialstellung übernommen. Die nächst stärkere politische Kraft sind die oppositionellen Democratici di Sinistra (DS) mit 16,6 Prozent. Berlusconis Koalitionspartner Alleanza Nazionale liegt bereits über 17 Prozent hinter FI, die Lega Nord droht mit knapp vier Prozent in der Bedeutungslosigkeit einer

Regionalpartei zu versinken. Die eigentliche Überraschung der Wahlen von 2001 ist nicht die Größe der Stimmenverlagerung zwischen den Lagern, die zum Regierungswechsel führte, sondern die Mobilität der Wähler in den Lagern selbst und hier speziell in der CdL.⁵ Die Gewichte in der Koalition sind demnach so eindeutig verteilt, dass es Berlusconi gelingen sollte, die Regierung vor einem frühzeitigen Auseinanderbrechen zu bewahren und eine volle Legislaturperiode bis in das Jahr 2006 auszuschöpfen. Gleichzeitig hat sich die Regierung durch die den Wahlsieg ermöglichenden Versprechen aber hohe Hürden gelegt, die das Regierungshandeln stark einschränken und konditionieren werden.

Ein Rückblick auf das Jahr 1994 ist notwendig, als Silvio Berlusconi bereits einmal für knapp acht Monate Ministerpräsident war. Die Koalition zerbrach damals am Rückzug der separatistischen Lega Nord aus der Regierung unter anderem in der Folge von Ermittlungsverfahren gegen Berlusconi. Ein destabilisierender Faktor der heute im Grund genommen gleichen Konstellation ist im Bündnis einer zentralistischen (Alleanza Nazionale) und einer extrem föderalistischen (Lega Nord) Partei zu sehen. Nicht ohne Rückwirkungen auf die Außen- und Europapolitik blieben auch stark nationalistische Tendenzen in der postfaschistischen Alleanza Nazionale. Die Partei blockierte die EU-Assoziierung Sloweniens, um Entschädigungen für Italiener istrischer Herkunft zu erzwingen, und belastete damit das Verhältnis mit Ljubljana. Zahlreiche innenpolitische Konflikte, wie die Besetzung von Schlüsselpositionen des staatlichen Rundfunks RAI oder ein zweifelhaftes Amnestiegesetz, führten zu einer nahezu kompletten Politikblockade. In dieser ersten gescheiterten Amtszeit gelang es Berlusconi darüber hinaus nicht, den Vorwurf zu entkräften, politisches Handeln mit persönlichen Unternehmerinteressen zu verbinden. Verschärfend könnten sich auch in seiner neuen Amtszeit laufende Ermittlungsverfahren auswirken. So bemüht sich der oberste spanische Gerichtshof um eine Aufhebung der Immunität Berlusconis als Abgeordneter des Europaparlaments.⁶

G8-Präsidentschaft und der Gipfel von Genua

Italiens G8-Präsidentschaft und die inhaltlichen Ergebnisse des Gipfels von Genua wurden von den gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen militanten Globalisierungsgegnern und den Sicherheitskräften überschattet. Der Genua-Gipfel reihte sich nahtlos in die Gewaltgipfel von Seattle (WTO) und Göteborg (EU) ein. Den Höhepunkt bildete die in den italienischen Medien als „chilenische Nacht“ bezeichnete Erstürmung des Sitzes des Genoa Social Forum, der Dachorganisation der Globalisierungsgegner in den frühen Morgenstunden des 22. Juli 2001. Mit äußerster Brutalität verhaftete die Polizei mutmaßliche Gewalttäter und inhaftierte diese zum Teil rechtswidrig und laut Aussagen von beteiligten Beamten auch unter Verletzung elementarer Grundrechte. Nach Protesten europäischer Regierungen, der OSZE und Nichtregierungsorganisationen wie amnesty international wurden Untersuchungen durchgeführt und die Opposition forderte den Rücktritt des Innenministers Scajola.

Renovierung der Staatsarchitektur: Stärkung der Regionen

Im Ausland recht wenig beachtet, hat in den letzten Jahren ein tief greifender Umbau der Struktur des Staates stattgefunden. Zwar existieren die 20 italienischen Regionen als theoretisches Konstrukt bereits seit der Verfassung von 1948, ihre äußerst beschränkte Gesetzgebungskompetenz (in den Bereichen Tourismus, Land- und Forstwirtschaft) wurde aber von der nationalen Ebene erst 1975 beziehungsweise 1977 delegiert. Im Rahmen einer verstärkten Dezentralisierung, die die Dynamik einer Föderalisierung erreichen kann, wird den Regionen nun ein höheres Maß an Aufmerksamkeit auch durch die Politiker zuteil. So übernahm der in Neapel überaus erfolgreiche und in ganz Italien prominente Bürgermeister Antonio Bassolino nach seinem Wahlsieg bei den Regionalwahlen 2000 das Amt des Präsidenten der Region Campania. Sind die italienischen Regionen in ihrer Bedeutung und ihren Befugnissen noch weit von den deutschen Bundesländern entfernt, so wächst ihre Mitsprache in der Tagespolitik.

Institutionell wird dies durch das von der Ulivo-Regierung erarbeitete Föderalismus-Gesetz⁷ ermöglicht, das allerdings noch als Referendum dem Volk zur Entscheidung vorgelegt werden muss. Nach einer zurückhaltenden Devolution durch die Legge Bassanini, die ausdrücklich in erster Linie die Kompetenzen des Zentralstaats katalogisiert, steht nun eine Verfassungsänderung an, die unter anderem das deutsche Prinzip der ausschließlichen und konkurrierenden Gesetzgebung einführt. Aus Spanien wird das Modell importiert, wonach die einzelnen Regionen den Grad ihrer Selbständigkeit mit dem Nationalstaat bilateral aushandeln und somit ein differenzierter Regionalismus entsteht. Indes hat die Regierung Berlusconi angekündigt, weiter gehende Initiativen bis hin zu einem echten Fiskalföderalismus auf den Weg zu bringen.

Schulterschluss zwischen Italien und den Vereinigten Staaten

Bereits in den ersten Wochen der Regierung Berlusconi ist eine massive Annäherung Italiens an die außenpolitischen Positionen der Vereinigten Staaten unter der Regierung Bush zu beobachten. Noch vor Amtsantritt versuchte der designierte Regierungschef zu verhindern, dass Italien bei der Ratstagung der Umweltminister am 7. Juni 2001 die Gemeinschaftsstrategie betreffend Klimaänderungen der EU im Hinblick auf die Weltklimakonferenz in Bonn unterzeichnet.⁸ Indirekt hätte Italien bei einem Dissens gegenüber der EU-Linie die Position der Vereinigten Staaten unterstützt. Beim US-Raketenabwehrprojekt übernahm Italiens Premier Silvio Berlusconi anlässlich des Besuchs des amerikanischen Präsidenten George W. Bush in Rom am 23. Juli 2001 änderungslos die Position der Vereinigten Staaten. In der gemeinsamen Erklärung unterstützt die italienische Regierung Washingtons Linie und setzt sich expressis verbis von seinen europäischen Partnern ab.⁹

Wirtschaftsentwicklung und Staatshaushalt

Die Ausgangslage für die neue Regierung ist – gemessen an den wirtschaftlichen Indikatoren – als positiv zu bewerten. Im Jahr 2000 konnte ein Wirtschaftswachs-

tum von 2,9 Prozent erreicht werden, ein für Italien erstaunlich hoher Wert, nachdem sich das Land in den neunziger Jahren als Schlusslicht in der EU-Wirtschaftsentwicklung präsentierte. Ebenso behielt auch der Rückgang der Staatsverschuldung (1999: 116 Prozent des BIP; 2000: 110 Prozent des BIP) seinen klaren Kurs auf die 60-Prozent-Marke bei. Voraussichtlich 2004 wird die Staatsverschuldung die 100-Prozent-Marke unterschreiten. Ein ausgeglichener Haushalt soll für das Jahr 2003 vorgelegt werden. Auch das Sinken der Arbeitslosigkeit unter die Zehn-Prozent-Marke im Oktober 2000 belegt Anzeichen für eine Erholungsphase.

Regierungskonferenz 2000 und Post-Nizza-Prozess

Sowohl in der gemeinsamen Positionsfindung als auch in der Erarbeitung der Agenda für die Zeit nach der Regierungskonferenz in Nizza haben Italien und Deutschland in enger Absprache einen umfassenden und konstruktiven Beitrag geleistet. Eine deutsch-italienische Initiative führte zur Aufnahme der Erklärung über die Zukunft der Union in den Kontext des Vertrags von Nizza. Darüber hinaus präsentierten Berlin und Rom am 6. Oktober 2000 einen gemeinsamen Vorschlag zur Effektivierung der verstärkten Zusammenarbeit.¹⁰ Im Verbund mit den Benelux-Staaten brachte das italienische Außenministerium erfolgreiche Vorschläge zur Weiterentwicklung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP)¹¹ ein, die die Streichung der WEU aus Artikel 17 und damit die formale Alleinzuständigkeit der Europäischen Union auf diesem Aufgabengebiet zur Folge hatte. Diese Initiativen gingen über das Pflichtprogramm der Vertreter der Regierungen – Größe und Zusammensetzung der Kommission, Stimmengewichtung, Ausweitung der Mehrheitsentscheidung – hinaus und unterstreichen Italiens Bemühen, sich aktiv an der Fortentwicklung der EU zu beteiligen.

Rom und die EU – ein Finanzkonflikt?

Nicht einmal eine Woche nach den Wahlen schockiert Giulio Tremonti, designerter Wirtschafts- und Finanzminister, die europäische Öffentlichkeit. Mit seiner Äußerung, die Entwicklung des strukturschwachen Süditaliens habe für die neue italienische Regierung Vorrang vor der EU-Erweiterung¹² stellte er indirekt ein Junktim zwischen EU-Regionalförderung und dem Beitritt der Staaten Mittel- und Osteuropas her und kam dem spanischen Ministerpräsidenten Aznar in seinem Kampf um den Fortbestand der EU-Förderung über die Agenda 2000 hinaus zur Seite. Nach Jahrzehnten nahezu bedingungsloser Unterstützung Italiens für die Europäische Union kündigt sich eine enger an nationalen Interessen und deshalb auch konfliktreichere Europapolitik Roms an.

Mit der Vorlage des Documento di Programmazione Economico-Finanziaria (DPEF),¹³ der wirtschaftspolitischen Strategie der neuen Regierung für den Zeitraum 2002 bis 2006 nehmen die Finanzplanungen der Regierung Berlusconi Gestalt an. Hauptziel des DPEF ist, den italienischen Haushalt in Einklang mit dem Stabilitäts- und Wachstumspakt zu halten und dementsprechend das Haushaltsdefizit an die Marke von 0,8 Prozent anzunähern. Weitere Maßnahmen – zum Teil wurden

diese bereits auf den Weg gebracht – sind unter anderem: Die Flexibilisierung der Arbeitszeit, die Bekämpfung der Schattenwirtschaft,¹⁴ die Auflage eines Infrastrukturprogramms und die Aufhebung der Erbschaftssteuer.

Die anspruchsvollen Ziele der Regierung Berlusconi zur Stärkung des Wachstums werden den italienischen Staatshaushalt erheblich belasten. Nach der Klärung der Haushaltslage musste die Regierung allerdings bereits im Juli von ihren ehrgeizigen Plänen für eine Einkommenssteuerreform Abschied nehmen und stellte Steuerensenkungen frühestens für das Jahr 2003 in Aussicht. Ein weiteres Versprechen Berlusconis war, die Mindestrente auf eine Million Lire (etwa 516 Euro) zu erhöhen. Außerdem sollen in der laufenden Legislaturperiode eineinhalb Millionen Arbeitsplätze geschaffen werden und damit die Arbeitslosigkeit um die Hälfte sinken. Insgesamt fünf solcher Großziele hat sich der neue Ministerpräsident für seine Amtszeit gesetzt. Sollte er weniger als vier davon umsetzen, versprach Berlusconi, nicht wieder für das Amt zu kandidieren.¹⁵ Ob der Balanceakt zwischen Stabilität und Investitionsprogramm bei gleichzeitiger Abschaffung beziehungsweise Senkung von Steuern Erfolg haben wird, ist fraglich. Beim Scheitern der Finanzplanungen sind allerdings Rückschläge auf Italiens Kompromissbereitschaft in den entscheidenden europäischen Integrationsprojekten zu erwarten.

Kontinuität versus Neuorientierung – Perspektiven italienischer Europapolitik

Die ersten beunruhigenden europapolitischen Signale sollten sachlich eingeordnet werden. Eine Beurteilung der Integrationsbereitschaft Italiens ist verfrüht. Nach den ersten 100 Tagen der Regierung kann die Bestandsaufnahme des Engagements Roms in der EU beginnen.

Vor welchen Alternativen steht das Kabinett Silvio Berlusconis? Vorstellbar sind verschiedene Abstufungen zwischen den Extremen eines sich verstärkenden Euro-skeptizismus einschließlich einer damit verbundenen politischen Annäherung an die Vereinigten Staaten und der Fortsetzung der nahezu reibungslosen Mitarbeit in den europäischen Institutionen. Dass verstärkte Beziehungen mit den Vereinigten Staaten von Amerika europäisches Engagement nicht kompensieren können, müsste auch den Strategen im Palazzo Chigi klar sein. Zudem ist die Frage offen, ob Washington überhaupt bereit ist, Italien in seinem außenpolitischen Konzept einen besonderen Platz einzuräumen.

Europakritische bis -feindliche Einstellungen innerhalb der Alleanza Nazionale und noch mehr in der Lega Nord haben wenig Aussicht darauf, sich durchzusetzen. Zu stark sind beide Parteien bei den Wahlen in ihrem Gewicht reduziert worden.

Denkbar ist höchstens ein Finanzegoismus Roms im Vorfeld der EU-Erweiterung. Um lediglich einen Teil der vor den Wahlen versprochenen ambitionierten Projekte zu verwirklichen, kann die Regierung Berlusconi keinesfalls auf Gelder aus den EU-Struktur- und Regionalfonds in der aktuellen Höhe verzichten. Hinzu kommt eine starke Ideologisierung durch den neuen italienischen Ministerpräsidenten: Im Wahlkampf setzte er politische Gegner einem abstrusen Kommunismusverdacht aus. Dies könnte die Kooperationsbereitschaft Roms mit den mehrheitlich

sozialdemokratisch orientierten Regierungen der EU-Partner senken. Als Partner in Europa böte sich das konservativ regierte Spanien, mit dem auch eine teilweise Interessenskongruenz finanzieller und außenpolitischer Art verbunden ist, an.

Realistischer erscheint die Fortführung der durch Kooperationswillen und überaus großes Engagement gekennzeichneten italienischen Europapolitik und die Teilhabe an allen Integrationsprojekten. Gewähr für eine solche Perspektive könnte Außenminister Renato Ruggiero sein.¹⁶ Als ehemaliger hoher Beamter der Kommission und Ständiger Vertreter Italiens in Brüssel könnte er für Kontinuität und aktive Teilhabe am Fortschritt des europäischen Einigungs- und Finalitätsprozesses bürgen. Gleichzeitig flankiert Carlo Azeglio Ciampi, der Staatspräsident, die proeuropäischen Kräfte in der öffentlichen Debatte Italiens. In den zurückliegenden Jahren, in denen zum Teil Technikerkabinette oder Regierungen beziehungsweise Regierungschefs mit unsicheren parlamentarischen Mehrheiten amtierten, übernahm der Staatspräsident – als erster ist hier Scalfaro zu nennen – eine wesentliche stärkere Kontrolle in der Frage der Regierungsbildung und darüber hinaus die Meinungsführerschaft im öffentlichen Diskurs.

Die doppelte Integration Italiens in NATO und EU dürften ausreichende Stabilisierungsanker für eine dem europäischen Durchschnitt entsprechende Kontinuität des außen- und europapolitischen Handelns Roms sein. War die Aufmerksamkeit einiger EU-Partner gegenüber Italien aber bereits in den neunziger Jahren sehr hoch, so wird sich diese Haltung noch weiter verstärken. Vorbehalte in den Fragen Solidität der Haushaltspolitik und Innere Sicherheit existieren spätestens seit Italiens Teilnahme am Euro und dem Beitritt zum Schengener Abkommen. Mit der neuerlichen Wahl Berlusconi zum Regierungschef und den Gewaltakten um den Gipfel von Genua sind aber drei weitere Aspekte eines verstärkten Pre-Monitorings hinzugekommen:

- Verlässlichkeit und Demokratiekompatibilität der Koalitionsparteien
- Vereinbarkeit von Amt und unternehmerischen Interessen der Person Berlusconi
- Menschenrechtssituation und Einhaltung der Gesetze durch die Sicherheitsbehörden

Insofern bietet Italien eine recht große Angriffsfläche für in die Innenpolitik hineinreichende Kritik der EU-Partner. Die Regierung in Rom dürfte sich dieser Erwartungshaltung beziehungsweise dieses Drucks bewusst sein und könnte aufgrund von innenpolitischen Konflikten die Kooperation in Europa suchen und die überaus große Unterstützung ihrer Vorgängerregierungen für die europäische Integration fortführen. Für diese Option spricht viel. Berlusconi Wahlsieg war die klare Entscheidung der europabegeisterten Italiener für Wirtschaftskompetenz und freies Unternehmertum – ein ähnliches Votum, das bereits den Wirtschaftsprofessor und Manager der Staatsholding IRI Romano Prodi 1996 zum Ministerpräsidenten machte. Zu bewusst ist sowohl der Bevölkerung als auch dem Unternehmertum der Zusammenhang zwischen Italiens EU-Mitgliedschaft und dem Wohlstand, den das Land erreicht hat. Das System Italien benötigt für Modernisierungen und Reformen, die eigenstaatlich nicht oder nur schwer zu erreichen wären, Brüssel als externen

Motor. Diesen zu blockieren oder in seiner Leistungsfähigkeit einzuschränken, würde sich zuerst auf Italien selbst auswirken.

Anmerkungen

- 1 Der Politologe Giovanni Sartori im Interview mit der Tageszeitung *La Repubblica*, 05.06.2001.
- 2 Vgl. *Fit to run Italy?*, in: *Economist*, 28.04.2001.
- 3 Signifikant für die Erste Republik ist die kontinuierliche Regierungsbeteiligung der *Democrazia Cristiana* (DC). Als Zäsur gilt das Jahr 1992 mit der ersten Technikerregierung unter Giuliano Amato; anschließend zerfiel die DC, nachdem besonders ihren Funktionären Korruption nachgewiesen werden konnte.
- 4 Die Zahlen gelten für die Verhältniswahl der *Camera dei Deputati*; diese Werte eignen sich, um die Parteienpräferenz der Wähler wiederzugeben.
- 5 Michael Kreile auf der Tagung: „Italien nach den Wahlen – Unser Nachbar ändert sich“, Expertentagung der Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Wildbad Kreuth, 20.-22. Mai 2001.
- 6 Insgesamt 14 Verfahren sind gegen Berlusconi seit 1990 eingeleitet worden. Vgl. *Der Spiegel* 17/2001, S. 168-172.
- 7 *Legge sul federalismo*; als Dossier einsehbar auf: http://www.governo.it/sez_dossier/dcl_cost_federalismo/index.html.
- 8 *La Repubblica*, 07.06.2001.
- 9 *Agence Europe* Nr. 8013 vom 25. Juli 2001, S. 5; *Dichiarazione* Gongiunta del Presidente del Consiglio Silvio Berlusconi e del Presidente George W. Bush, Roma, 23 luglio 2001, auf: http://www.governo.it/sez_dossier_nuovi_visitaBush/index.html; der Erklärungstext vermittelt den Eindruck einer Außenperspektive der EU durch Silvio Berlusconi.
- 10 CONFER 4783/00; siehe dazu auch: Janning, Josef: *Zweiter Anlauf – Die „verstärkte Zusammenarbeit“* im Vertrag von Nizza, in: Weidenfeld, Werner (Hrsg.): *Nizza in der Analyse*, Gütersloh 2001.
- 11 CONFER 4788/00; siehe dazu auch: Algieri, Franco: *Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik: erweiterter Handlungsspielraum für die GASP*, in: Weidenfeld, Werner (Hrsg.): *Nizza in der Analyse*, Gütersloh 2001.
- 12 *Financial Times Deutschland*, 18.05.2001.
- 13 einsehbar unter: http://www.governo.it/sez_dossier_nuovi/dpef/varo_dpef.html.
- 14 Schätzungen gehen von bis zu 25 Prozent des italienischen BIP aus.
- 15 Grundlage der Wahlversprechen ist der während des Wahlkampfes in der Fernsehsendung „*Porta a Porta*“ von Berlusconi unterzeichnete *Contratto con gli Italiani*, einsehbar unter: http://www.forza-italia.it/elettorale/il_contratto_con_gli_italiani.html.
- 16 vgl. *Agence Europe* Nr. 8007 vom 16./17. Juli 2001, S. 3.

Weiterführende Literatur

- Drüke, Helmut: *Italien. Wirtschaft – Gesellschaft – Politik*, Opladen 2000.
- Masala, Carlo: *Italien*, in: Weidenfeld, Werner (Hrsg.): *Europa-Handbuch*, Gütersloh 2001.
- MicroMega* 3/2001: *Le due Italie*.
- Ministero degli Affari Esteri: *Libro Bianco* 2000, Milano 2000.
- Missiroli, Antonio: *Italy*, in: Manners, Ian / Whiteman, Richard G.: *The Foreign Policies of European Union Member States*, Manchester 2000, S. 87-104.
- Montanelli, Indro; Mario Cervi: *L'Italia di Berlusconi*, Milano 1995.
- Rill, Bernd: *Italien – Polo contra Ulivo*, in: Rill, Bernd (Hrsg.): *Konservative Parteien in der Opposition – Ausgewählte Fallbeispiele. Argumente und Materialien zum Zeitgeschehen 23 der Akademie für Politik und Zeitgeschehen der Hanns-Seidel-Stiftung e.V.*, München 2000, S. 49-60.
- Ruggeri, Giovanni: *Berlusconi – gli affari del presidente*, Milano 1994.
- Weidenfeld, Werner (Hrsg.): *Nizza in der Analyse*, Gütersloh 2001.
- <http://www.governo.it>.
- <http://www.economist.com/countries/Italy/>.
- <http://www.ilssole24ore.com/>.
- <http://www.repubblica.it/>.
- <http://www.limesonline.com/>.